

Politischer Jahresbericht

Europäische Union 2006/2007



Europäische Union

EU-Regionalbüro Brüssel, Juli 2006-Juli 2007

Claude Weinber

EU-Regionalbüro Brüssel
Rue d'Arlon 15 B-1050 Brüssel Belgien
Tel +32-2-7434100 Fax +32-2-7434109
Email : brussels@boell.be

Inhalt	
Zusammenfassung.....	2
Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres	
1. Einleitung.....	2
2. Verfassungsvertrag.....	2
3. Außen- und Sicherheitspolitik.....	3
4. Erweiterung.....	4
5. Energiepolitik.....	5
6. Beziehungen EU-Russland.....	5
7. Europäische Nachbarschaftspolitik.....	6
8. EuroMediterrane Partnerschaft.....	6
9. Globalisierung	7
10. Lateinamerika.....	8
11. Die finnische Ratspräsident- schaft.....	8
12. Die deutsche Ratspräsident- schaft.....	9
13. Ausblick	10
14. Politische Ereignisse im Überblick...	10

Zusammenfassung

Trotz der tiefen Krise, in der sich die Europäische Union (EU) seit der Ablehnung des Verfassungsvertrages durch die BürgerInnen Frankreichs und der Niederlande befand, wurde am 1. 1. 2007 die fünfte Erweiterungsrunde der EU mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens abgeschlossen und trat Slowenien als erstes der neuen Mitgliedsstaaten der Eurozone bei.

Dennoch war der Weg, den die EU in den letzten zwölf Monaten zurücklegte, von ernsthaften Problemen gekennzeichnet. Die Beziehungen zu Russland verschlechterten sich zusehends, die Mitgliedschaftsverhandlungen mit der Türkei scheinen auf besorgniserregende Weise festgefahren zu sein und beinahe scheiterte der letzte EU-Gipfel unter der deutschen Präsidentschaft am hartnäckigen polnischen Widerstand gegen das neue Abstimmungssystem.

Dass es der deutschen Präsidentschaft dennoch gelungen ist, die EU vorläufig vor einem Totalschaden zu bewahren, verdient Anerkennung. Ob es allerdings auf der folgenden Regierungskonferenz, wie auf dem Junigipfel beschlossen, zu einem neuen Verfassungsvertrag kommt, wird vor allem von Mitgliedsstaaten wie Polen und Großbritannien abhängen, die ihre Rolle innerhalb der EU neu überdenken müssen - aber auch von den Niederlanden, wo ein erneutes Referendum wieder zu Problemen führen könnte.

Zu interessanten Veränderungen in der politischen Landschaft der EU kam es durch Neuwahlen und neue Regierungsbildungen in vier Mitgliedsstaaten: Irland und die neuen Mitgliedsstaaten Estland und Tschechische Republik werden nun ebenso wie Italien von Koalitionen regiert, an denen -zum Teil unerwarteterweise- grüne Parteien beteiligt sind.

Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres

1. Einleitung

In den letzten zwölf Monaten fanden in elf Mitgliedsstaaten der EU - Lettland, Österreich, Portugal, Schweden, Slowakische Republik, Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Niederlande - Parlamentswahlen statt. Auffallend ist, dass der Streit um die Europäische Verfassung in den meisten Ländern kein Wahlkampfthema war. Zu einer wirklichen Kräfteverschiebung im Rat (auf der Links-rechts-Skala) führte dies nicht wirklich. Interessant ist jedoch, dass es in dieser Periode in vier Ländern (Tschechien, Estland, Finnland und Irland) zu Regierungsbeteiligungen von grünen Parteien kam, sodass es jetzt insgesamt fünf Regierungen (in Italien war dies bereits der Fall) gibt, die von grünen Parteien mitgetragen werden. Damit scheint sich im grünen Lager eine neue pragmatische Tendenz anzudeuten. Während bei vorherigen Regierungsbeteiligungen grüner Parteien (Deutschland, Italien) eine Koalition mit linksgerichteten Kräften gesucht wurde, kam es nun zu Koalitionen mit Parteien aus dem bürgerlich-konservativen Lager. In einigen Fällen führte die Regierungsteilnahme zu einem Verzicht auf bisher unumstrittene grüne Axiome (z.B. Atomausstieg) bzw. ihrer Vertagung. Es ist zu diesem Zeitpunkt zu früh, die politischen Folgen dieser Entwicklung zu beurteilen. Es wird allerdings Aufgabe der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel sein, diesen Trend zu beobachten und zu evaluieren.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Wahlergebnisse in den beiden Ländern, in denen die Europäische Verfassung per Referendum abgelehnt worden war, den Niederlanden und Frankreich. Bei den Ergebnissen in den *Niederlanden* (22. 11. 2006) fällt auf, dass die Parteien, die gegen den Verfassungsvertrag mobilisiert hatten, die Gewinner der Wahlen waren, obwohl dies nicht in der neuen Regierungskoalition zum Ausdruck kommt. Dennoch beeinflusste die-

se Tatsache das Verhalten der niederländischen Regierung auf dem Junigipfel insofern, als sie glaubte, „ohne Erfolg“ (sprich Abstriche am Vertrag) nicht zurückkehren zu können. Von verschiedenen Oppositionsparteien wird nun ein erneutes Referendum über den Reformvertrag gefordert. Ob ein solches Referendum diesmal positiv ausfallen würde, bleibt unsicher. Die Grünen in den Niederlanden (Groen-Links), die bei den Wahlen einen Sitz verloren, lehnten eine Beteiligung an der Regierungskoalition von Sozialdemokraten und Christdemokraten übrigens ab.

In *Frankreich* (10. und 17.6.2007) vermieden beide große Parteien, die Verfassung als Wahlkampfthema einzusetzen. Sarkozys Erd-rutsch-Sieg bei den Präsidentschaftswahlen (22.4. und 6.5.2007) und in der ersten Phase der Parlamentswahlen, gaben ihm die Freiheit, seine Idee vom „Minivertrag“ ohne erneutes Referendum (Sozialisten) durchzusetzen.

Auf EU-Ebene wurden die letzten zwölf Monate durch die Probleme um den Europäischen Verfassungsvertrag beherrscht. Höhepunkt des politischen Jahres war der Junigipfel unter deutscher Präsidentschaft, auf dem über das Schicksal des Vertrages und damit der Europäischen Union verhandelt werden musste.

2. Verfassungsvertrag

Nach den gescheiterten Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 verordnete sich die EU eine Reflexionsphase. Im Januar 2007 hatten 18 Mitgliedstaaten - also 2/3 der Staaten - die Verfassung ratifiziert. Die finnische Ratspräsidentschaft führte zwar Konsultationen mit Mitgliedsstaaten und Beitrittsländern über den Verfassungsvertrag, aber überließ ih-

ren deutschen Nachfolgern die Initiative, den Verfassungsprozess aus dem Engpass zu führen.

In der zweiten Hälfte seiner Präsidentschaft bemühte sich Deutschland, das Verfassungsprojekt wiederzubeleben. Ziel war es, einen Weg aus dem Stillstand zu finden, um im Laufe der französischen Ratspräsidentschaft noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 einen Vertrag umzusetzen.

Auf dem Junigipfel hing die Einigung über den Reformvertrag lange in der Schwebe. Dies lag vor allem an der Haltung Großbritanniens und Polens. Die britische Regierung wies eine rechtlich verbindliche Grundrechtecharta ab, da sie befürchtete, dass eine solche Charta das flexible britische Arbeitsrecht beeinträchtigen könnte und äußerte auch Bedenken gegen die Schaffung des Postens eines „EU-Außenministers“. Polen, das im Vorfeld der Verhandlungen mit einem Veto gedroht hatte, falls die vorgeschlagene Stimmengewichtung durchgesetzt werden sollte, lehnte weiterhin vehement das neue Abstimmungs-system ab. Nach Meinung der polnischen Regierung würde die neue Regelung großen Ländern wie Deutschland einen Vorteil verschaffen.

Eine Einigung konnte erst in letzter Minute erreicht werden. Die sehr destruktive Haltung der polnischen Regierung, die allseits große Irritationen verursachte, führte selbst zu der Drohung der Bundeskanzlerin Merkel, die Regierungskonferenz auch ohne Polen einzuberufen. Der Kompromiss beinhaltet eine zweistufige Verzögerung neuer Abstimmungsregelungen im Rat, auf der Polen bestanden hatte. Das System der doppelten Mehrheit wird aufgrund dessen erst ab 2014 angewandt werden, nachdem sich die EU auf ihr langfristiges Budget für den Zeitraum 2014-2020 geeinigt hat.

Polen wurde eine Energiesolidaritätsklausel zugestanden, welche die Bedenken Polens hinsichtlich der angespannten Beziehungen zu Russland mildern soll. Dem Vereinigten Königreich wurde eine Ausnahme von einer rechtlich verbindlichen Grundrechtecharta garantiert. Auch wurde der Posten des „EU-Außenministers“ durch den des „Hohen Repräsentanten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ ersetzt. Dieser wird permanent den Vorsitz des Ministerrats-treffens innehaben und als Vize-Präsident der Kommission agieren. Damit wird er den Posten des Hohen Repräsentanten (zur Zeit Solana) und der Kommissarin für Außenbeziehungen (zur Zeit Ferrero-Waldner) vereinen. Der Hohe Repräsentant wird durch einen Auswärtigen Dienst, bestehend aus Diplomaten der nationalen und der EU-Ebene, unterstützt werden.

Der Reformvertrag greift die wesentlichen institutionellen Neuerungen, die im Verfassungs-Entwurf enthalten sind, auf:

- Die Einführung eines permanenten (durch das Europäische Parlament gewählten) Kommissionspräsidenten;
- Einen Repräsentanten für Außenpolitik;
- Festlegungen neuer Strukturen für Parlament und Kommission einer erweiterten Union.

Zu den neuen Elementen gehören eine striktere Teilung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten, eine Stärkung der nationalen Parlamente sowie eine Möglichkeit der engeren Zusammenarbeit bei polizeilichen und rechtlichen Fragen in strafrecht-

lichen Angelegenheiten. Das Europäische Parlament wird durch die Festlegung des Mitentscheidungsverfahrens als Regelverfahren zum gleichberechtigten Gesetzgeber neben dem Rat.

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten ein detailliertes **Mandat für eine Regierungskonferenz** (http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/94932.pdf), die ihre Arbeit vor Ende Juli 2007 aufnehmen und vor Ende des Jahres 2007 abschließen soll. Die Ratifizierung würde, wenn keine neuen Probleme auftauchen, rechtzeitig vor den Europawahlen 2009 stattfinden können. Abschließend kann gesagt werden, dass die Substanz der Verfassung bewahrt worden ist, dass jedoch der Umgangston auf dem Gipfel die EU den europäischen BürgerInnen kaum nähergebracht haben dürfte. Auch die Vorgehensweise bestimmter Regierungen, Abmachungen, die sie erst unterzeichnet haben, wieder ungültig zu erklären (Vereinigtes Königreich, Polen – niederländische Regierung stand wegen des Referendums unter Zugzwang), zeugte von einer ungeheuren Missachtung gegenüber der EU als Institution und als Wertegemeinschaft.

Das Brüsseler Büro der Heinrich-Böll-Stiftung begleitete den Verfassungsprozess mit **Diskussionsveranstaltungen** (http://www.boell.be/en/web/index_126.html) und der Veröffentlichung der englischsprachigen Version einer Studie der früheren EU-Kommissarin **Michaele Schreyer** (http://www.boell.be/download_en/ConstitutionSchreyerEN.pdf).

3. Außen- und Sicherheitspolitik

In Erwartung der Entscheidung über einen gemeinsamen EU-Außenminister und einen ihn/sie unterstützenden diplomatischen Dienst, bewegte sich die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vorsichtig weiter. Die finnische Präsidentschaft gab sich Mühe, den Friedensprozess im Nahen Osten wieder in Gang zu bringen und zur Stabilisierung der Situation im Libanon beizutragen. Insbesondere hervorzuheben ist bei Letzterem die führende Rolle, die die EU bei der Stärkung von UNIFIL und bei der Leistung humanitärer Hilfe spielte.

Die EU-Operation in der Demokratischen Republik **Kongo** unterstützte die Monuc-Operation der Vereinten Nationen und ermöglichte die Durchführung von freien Wahlen. Im **Sudan** setzte die EU ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Friedenssicherungsoperation der Afrikanischen Union fort. Im **Kosovo** bereitete sich die Union auf die zweitgrößte **zivile Krisenbewältigungsoperation** (http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?lang=de&id=1100&mode=g&name=) ihrer Geschichte (ca. 1000 Teilnehmer) vor. Der Friedensprozess in **Aceh** (Indonesien) (http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?lang=de&id=1081&mode=g&name=) endete Mitte Dezember 2006 nach einer regionalen Wahl. Die EU prüft zur Zeit die Möglichkeit für eine zivile Krisenbewältigungsoperation in **Afghanistan** (<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/factsheetAfghanistan27032007.pdf>).

Gegen Ende der finnischen Präsidentschaft wurden die **Kampftruppen** der EU in volle operative Bereitschaft versetzt. Auch die in den

Bereich der zivilen Krisenbewältigung fallenden **Zivilen Krisenreaktionsteams** erreichten ihre vorläufige Einsatzbereitschaft gegen Ende der finnischen Präsidentschaft.

Mit der Einigung auf dem Junigipfel auf einen „Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie einen Europäischen Auswärtigen Dienst (siehe voriges Kapitel) wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wesentlich (wenn auch nicht optimal) verstärkt. Ansonsten fiel die Bilanz der deutschen Präsidentschaft im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik eher mager aus. Weder in Bezug auf den Nahen Osten noch den Balkan oder die Beziehungen zu Russland konnten, trotz ernsthafter Bemühungen, nennenswerte Fortschritte erzielt werden.

Die deutsche Präsidentschaft legte ein Fundament für eine EU-Afrika-Strategie, auf der folgende Präsidentschaften aufbauen können. Beschlossen wurde weiterhin die Schaffung eines zivilen Hauptquartiers im Ratssekretariat, womit Effizienz bei der Planung und Führung ziviler Missionen (Afghanistan, Kosovo) und eine vereinfachte Koordination zwischen zivilem und militärischem Krisenmanagement erreicht werden soll.

Für das Büro Brüssel der Heinrich-Böll-Stiftung hatte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU auch in den letzten zwölf Monaten eine Priorität. Neben den Konzepten der deutschen Ratspräsidentschaft standen die Perspektiven für die **GASP aus der Sicht verschiedener europäischer Hauptstädte** im Mittelpunkt (http://www.boell.be/en/web/index_126.html).

4. Erweiterung

Trotz heftiger Kritik, vor allem aus dem Europäischen Parlament, wurde im zweiten Monitoring-Bericht der Kommission (http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/sept/report_bg_ro_2006_en.pdf) der 1. Januar 2007 als Datum für den Beitritt **Bulgariens** und **Rumäniens** bestätigt. Beide Länder seien hinreichend vorbereitet, um die festgelegten Kriterien zu diesem Zeitpunkt zu erfüllen. Allerdings wurden Bereiche aufgezeigt, in denen Handlungsbedarf besteht und ein Verfahren für Zusammenarbeit in diesen Bereichen festgelegt. Der Rat stimmte im Oktober dem Kommissionsbericht zu, sodass beide Länder am 1.1.2007 der EU beitreten konnten.

Dennoch stellte die Kommission in ihrem am 27. Juni 2007 vorgelegten Fortschrittsbericht zu Bulgarien und Rumänien (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/260&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>), fest, dass „der Fortschritt beim rechtlichen Umgang mit Korruption auf hohem Niveau unzureichend“ sei. Es sei allerdings zu früh, um Sanktionen gegen die beiden Staaten einzuleiten. **Bulgarien** habe zwar die wichtigsten Verfassungsreformen angenommen, müsse jedoch seine Bemühungen bei der Durchsetzung der Reformen verstärken. Unzureichende Fortschritte wurden in den Bereichen Korruption auf hoher Ebene und beim organisierten Verbrechen festgestellt. Auftragsmorde bleiben weiterhin „eine große Sorge“. Die Beurteilung **Rumäniens** fiel insgesamt günstiger aus, jedoch war auch hier der Fortschritt hinsichtlich des Kampfes gegen Kor-

ruption auf hoher Ebene unzureichend. Einige Beobachter zeigten sich überrascht über den gemäßigten Tonfall des Berichts und kritisierten, dass sogar in Bereichen, in denen kaum Fortschritte zu verzeichnen seien, die Kommission bestätigt habe, dass die „vorgegebenen Ziele zum Großteil erfüllt“ worden seien.

Im November 2006 nahm die Kommission die Mitteilung „Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007“ an, zusammen mit einem Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder. Diese Erweiterungsagenda bezieht sich auf die **Türkei** und den **westlichen Balkan**. Die Debatte über die „Aufnahmefähigkeit“ der EU wurde durch die „Erweiterungsmüdigkeit“ bei BürgerInnen in zahlreichen Mitgliedsländern angekurbelt.

Auf dem Europäischen Rat vom Dezember 2006 stand die Erweiterungsfrage im Mittelpunkt. Die Staats- und Regierungschefs stimmten jedoch der Fortsetzung des Erweiterungsprozesses zu.

Die Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** und der **Türkei** wurden weitergeführt. Während mit Kroatien unter der finnischen Präsidentschaft vier Verhandlungskapitel eröffnet und eins vorläufig geschlossen wurde(n), liefen sich die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf dramatische Weise fest. Finnland versuchte darauf hinzuwirken, dass die Türkei ihre Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll erfüllt, was eine Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht und das Verhältnis zwischen beiden Gemeinschaften auf Zypern verbessert hätte, musste aber am 21.11. sein Scheitern eingestehen. Zwar werden die Verhandlungen über andere Kapitel weitergeführt, aber die Atmosphäre zwischen der EU und der Türkei verschlechterte sich deutlich. Eine Woche später nahm die Kommission eine Mitteilung an, in der sie feststellte, dass die Türkei das Zusatzprotokoll zum Abkommen mit Ankara nicht uneingeschränkt angewandt hatte. Sie empfahl, dass die Regierungskonferenz mit der Türkei über den Beitritt in Bezug auf acht Kapitel noch keine Verhandlungen aufnehmen und kein Kapitel vorläufig schließen sollte. Der Rat schloss sich diesen Empfehlungen am 11. Dezember an. Die Kommission plant, einen Bericht über die Beziehungen zwischen der Türkei und Zypern nach den türkischen Wahlen im Juli 2007 vorzulegen.

Am 26. Juni 2007 eröffnete die EU weitere Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Trotz der wiederholten Aussage des neuen französischen Ministerpräsidenten Sarkozy, die Türkei habe in der EU nichts zu suchen, hat Frankreich zugestimmt, in zwei weiteren Kapiteln Verhandlungen mit der Türkei zu beginnen. Sarkozy lehnte es jedoch ab, Verhandlungen über eine Integration im Bereich Wirtschaft und Währung aufzunehmen.

Mit Kroatien werden Verhandlungen in sechs weiteren Kapiteln eröffnet. Nach dem Junigipfel kann erwartet werden, dass Kroatien in Kürze beitreten kann (2009 oder 2010). Auch für **Mazedonien** stehen die Chancen nach dem Junigipfel gut.

Das Büro der Stiftung in Brüssel begleitet den Erweiterungs- und Beitrittsprozess mit Diskussionsveranstaltungen und „Capacity buildings“ für junge NRO-Aktivistinnen aus den (potenziellen) Beitrittsländern.

5. Energiepolitik

Die EU konzentrierte sich im Energiebereich auf drei Schwerpunkte: nachhaltige Entwicklung (im Kontext von Klimawandel), Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Die finnische Ratspräsidentschaft legte einen starken Akzent auf die außenpolitischen Aspekte der EU-Energiepolitik. Sie unterzeichnete mit Aserbaidschan (7. 11. 2006) und Kasachstan (4. 12. 2006) individuelle Abkommen, die den Grundstein für eine engere Energiezusammenarbeit legen sollen. Mit Norwegen, Russland und den Vereinigten Staaten fanden Energiegipfel statt, um die Zusammenarbeit in Energiefragen auszubauen.

Mit den Vereinigten Staaten unterzeichnete die EU ein Abkommen für die Fortführung des Energy-Star-Effizienz-Programms. Mit Russland vereinbarte die EU unter der deutschen Ratspräsidentschaft, an einem Frühwarnsystem für Lieferengpässe zu arbeiten (18. 5. 2007). Schon unter der finnischen Ratspräsidentschaft war an einem Netzwerk von Energiesicherheitskorrespondenten gearbeitet worden, das die Aufgabe hat, geopolitische und andere Energieinformationen zu sammeln und zu analysieren.

Die EU nahm an einer Konferenz der Baku-Initiative (28. 11. 2006) teil, auf der ein Energiefahrplan vereinbart wurde, der den Weg für einen umfassenden Rechts- und Regulierungsrahmen vorbereiten soll. Auf einem Treffen des Europa-Mittelmeer-Energieforums stand der Ausbau der Energiezusammenarbeit im Mittelpunkt.

Unter der finnischen Ratspräsidentschaft trat der *Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft*

(<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/757&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>) in Kraft. Dieser Vertrag soll bis Juli 2007 den EU-Strom- und Gasmarkt liberalisieren, um somit die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Energiepreise für Konsumenten zu senken. Ende 2006 verabschiedete der Europäische Rat den Aktionsplan zur Energieeffizienz (http://ec.europa.eu/energy/action_plan_energy_efficiency/doc/com_2006_0545_de.pdf), der innerhalb der EU bis 2020 zu einer Steigerung der Energieeffizienz um 20% führen soll. Dieser Aktionsplan wurde letztendlich in ein komplettes *Energie- und Klimawandelpaket*

(http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/93139.pdf) integriert, das am 8./9. 3. vom Europäischen Rat verabschiedet wurde. Damit verpflichtet sich die EU, bis 2020 ihre Treibhausgase um 20% (ausgehend von den Werten im Jahre 1990) zu senken, ihre Energieeffizienz um 20% zu steigern und den Anteil erneuerbarer Energie am Energiemix auf 20% und Biomasse auf 10% zu steigern. Dieses Paket wurde von vielen NROs als sehr ehrgeizig beurteilt. Die EU möchte damit vor allem eine globale Vorreiterrolle spielen. Sie hofft, dass andere Länder, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten, China und Indien, ihrem Beispiel folgen werden. In diesem Rahmen hat sich die EU auch verpflichtet, ihre Treibhausgase um 30% zu senken unter der Voraussetzung, dass die Internationale Gemeinschaft sich an der Reduzierung um 20% beteiligt.

Auf dem *G-8 Gipfel* (<http://www.g-8.de>) in Heiligendamm am 6./7. 6. 2007 beschlossen die G8 die Energieeffizienz zu steigern, den An-

teil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung zu erhöhen und alternative Energiequellen auszubauen. Ebenfalls beschlossen die G8 ein gemeinsames Vorgehen gegen den Klimawandel. Dies soll im Rahmen der Vereinten Nationen geschehen, was vor Kurzem nicht von den Vereinigten Staaten akzeptiert wurde. Außerdem ziehen die G8 Staaten „ernsthaft in Betracht“, die CO₂-Emissionen bis zur Hälfte dieses Jahrhunderts zu halbieren. Allerdings setzten die G8 hier keine konkreten Ziele (wie zum Beispiel für erneuerbare Energie), während sie die Atomkraft zu einem „*Beitrag zur weltweiten Energiesicherheit und zum Klimaschutz*“ ([http://www.g-8.de/nsc_true/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/gipfeldokument-wirtschaft-de](http://www.g-8.de/nsc_true/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/gipfeldokument-wirtschaft-de.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/gipfeldokument-wirtschaft-de)) erklärten. Alle Aufmerksamkeit richtet sich jetzt auf die nächste Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen, die am 3.-14. 12. 2007 in Bali stattfinden soll.

Das Büro der Heinrich Böll Stiftung Brüssel versucht, die *Entwicklungen im Energiebereich* (http://www.boell.be/en/web/index_191.html), vor allem im Rahmen der Versorgungssicherheit und des Klimawandels, zu beobachten, zu analysieren und seine Rolle in der europäischen Diskussion zu spielen.

6. Beziehungen EU-Russland

Trotz guter bilateraler Beziehungen zwischen Russland und den Ländern der beiden Präsidentschaften (Finnland und Deutschland), hat sich das Klima zwischen der EU und Russland erheblich verschlechtert. Verhandlungen für ein neues „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“, welches Ende 2007 abläuft, haben immer noch nicht stattgefunden, da Polen aufgrund des russischen Embargos gegen polnische Fleischexporte sein Veto einlegt.

Der *EU-Russland Gipfel* in Samara am 18. 5. 2007 machte klar (http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/May/0518AASamara.html), dass die formale Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten nicht intensiviert werden kann, solange die bilateralen Streitigkeiten zwischen Russland und mehreren der neuen EU-Mitgliedstaaten nicht gelöst sind. Dabei geht es um das Fleischembargo, die Unterbrechung von Öllieferungen an Litauen und die Entscheidung der Regierung Estlands, das sowjetische Denkmal des „Bronzenen Soldaten“ aus dem Zentrum Tallins zu entfernen.

Hinzu kommen Schwierigkeiten in den Bereichen Energie und Sicherheit. Der Gaskonflikt zwischen Russland und Weißrussland Ende 2006 hat die EU weiter beunruhigt, da Gazprom ein Viertel des in Europa verbrauchten Gases liefert. Russlands Zuverlässigkeit als Lieferant wurde damit in Frage gestellt. Die EU möchte deshalb ihre Gasimporte diversifizieren und sich vor allem auf Zentralasien orientieren. Russlands neues Abkommen für mehr Gas aus Turkmenistan und Kasachstan steht diesem Wunsch allerdings im Wege. Trotz aller Unstimmigkeiten arbeiten die EU und Russland weiterhin im Energiebereich zusammen. So haben beide Seiten vereinbart, an einem *Frühwarnsystem für Energielieferungsempässe* (<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/579&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>) zu arbeiten.

Am 4. 6. 2006 drohte Präsident Putin damit, dass Russland als Antwort auf ein amerikanisches Raketenabwehrsystem in Europa ein Moratorium über den *Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Truppen in Europa*

(http://www.osce.org/documents/doclib/1990/11/13752_de.pdf)

(CFE Vertrag) verhängen und russische Raketen auf europäische Anlagen richten würde. Allerdings erklärte Putin sich auch zu Verhandlungen über die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem bereit. In diesem Rahmen schlug Putin vor, die geplante amerikanische Radarstation in Aserbaidschan zu stationieren.

Auch die innenpolitische Entwicklung Russlands hat bei der EU zu Besorgnis geführt. Die zahlreichen Festnahmen und Misshandlungen von TeilnehmerInnen der Demonstrationen der „Nichteinverstandenen“ und des „Gay Pride March“ sowie die Vergiftung des Ex-KGB-Agenten Alexander Litvinenko durch Polonium 210 und die Ermordung der Journalistin Politkovskaya, beide Kritiker des Putin-Regimes, wurden von der EU als eine ernsthafte Bedrohung von Demokratie und Menschenrechten angesehen.

Das Büro Brüssel der Heinrich-Böll-Stiftung beobachtet, in Zusammenarbeit mit dem Büro Moskau, die Entwicklungen in der Beziehung zwischen Russland und der EU und begleitet sie mit Diskussionsveranstaltungen.

7. Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Am 24.10.2006 nahmen das Europäische Parlament und der Rat die *Verordnung zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrumentes* (http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/oj_1310_de.pdf) an. Darin werden die allgemeinen Bedingungen für die Implementierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ab Januar 2007 festgelegt.

Im Dezember 2006 stellte die Europäische Kommission die *Ergebnisse der ersten 18 Monate der Implementierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik*

(http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/sec06_1504-2_en.pdf) vor. Dazu gehörten länder- und sektorspezifische Fortschrittsberichte zu den ersten sieben Aktionsplänen sowie Vorschläge zur Stärkung der ENP. Die Vorschläge wurden mittels Non-Papers erläutert, die sich mit den folgenden Themen beschäftigten:

- Erleichterungen für Regierungen aller ENP-Mitgliedsstaaten, die bei der Implementierung ihres Aktionsplans signifikanten Fortschritt zeigen;
- Nachbarschaftsinvestitionsfonds, der die Kreditvergabe internationaler Kreditinstitute an ENP-Partnerländer und Investitionen in Infrastrukturprojekte fördern soll;
- wirtschaftliche Integration und Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Transport und Umwelt;
- menschliche Dimension und (grenzüberschreitende) „people-to-people“ Zusammenarbeit;
- Migrations- und Asylpolitik.

Im Januar 2007 trat das ENPI als erstes finanzielles Instrument der EU zur Unterstützung der Länder Osteuropas, des südlichen Kauka-

sus und der Länder des südlichen Mittelmeerraums in Kraft. Es ersetzt MEDA und TACIS. Zur *Implementierung des ENPI* (http://ec.europa.eu/world/enp/documents_de.htm) stehen innerhalb des neuen EU-Finanzrahmens 2007-2013 mehr als 11,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies bedeutet eine reale Steigerung um 32%. Die Implementierung verläuft mittels nationaler, regionaler grenzüberschreitender und thematischer Programme. Ausgehend von den Länderstrategiepapieren (CSP) und den nationalen indikativen Programmen (NIP) erarbeitet die Kommission zur Zeit die Jahresaktionspläne 2007-2008.

Aus dem Sektor der Nichtregierungsorganisationen sind die Umwelt-NROs die aktivsten innerhalb des ENP-Rahmens, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene. Dazu haben sich in letzter Zeit einige neue Initiativen zur Geschlechtergleichstellung gebildet. All diese Initiativen setzen sich für Menschenrechte und „good governance“ ein.

8. EuroMediterrane Partnerschaft

Das EuroMed Zivilforum, das vom 5. bis 7. 11. 2006 in Marrakesch (Marokko) unter der finnischen Präsidentschaft stattfand, bereite Empfehlungen für das achte EuroMed-Außenministertreffen (27.-28.11.) in Tampere vor. Es war das erste von der EuroMed NRO-Plattform in einem Nicht-EU-Land organisierte Zivilforum. Dem Zivilforum gingen nationale Beratungen in den südlichen und nördlichen Ländern voraus. Diese Beratungen dienten der Fortsetzung der auf dem vorigen Zivilforum in Luxemburg gehaltenen Diskussionen und der demokratischen Auswahl von Themen und TeilnehmerInnen für das Forum in Marrakesch. Dennoch gab es in Israel große Probleme während dieses Konsultationsprozesses, die zur Entsendung einer Delegation ohne Beteiligung der jüdisch-israelischen Zivilgesellschaft führten.

Auf dem Zivilforum standen Frieden und Konfliktprävention, Migration und Freizügigkeit, Demokratisierung und Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und effektive Bürgerbeteiligung auf der Agenda. In einem unabhängigen Workshop wurden die jüngsten Entwicklungen in Sachen Geschlechtergleichstellung in der Region diskutiert, im Plenum angenommen und zusammen mit der *Erklärung des Zivilforums*

(http://www.euromedplatform.org/spip/IMG/pdf/Final_Declaration_-_2006_Civil_Forum.pdf) an das EuroMed-Außenministertreffen in Tampere und an die EuroMed-Ministerkonferenz zur „Stärkung der Frauenrechte in der Gesellschaft“ in Istanbul weitergeleitet.

Fortschritte sind beim Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den EuroMed-Institutionen zu verzeichnen: VertreterInnen der Zivilgesellschaft wurden – meistens über die NRO-Plattform - zu den offiziellen Treffen wie dem Barcelona-Gipfel, dem EuroMed-Außenministertreffen in Tampere, dem Treffen der EuroMed-Ausschüsse, der EuroMediterranen Parlamentarischen Versammlung und ihren Ausschüssen usw. eingeladen. Auch an der Ministerkonferenz über die „Stärkung der Rolle der Frau in der Gesellschaft“, die im November 2006 in Istanbul stattfand, und der *vorbereitenden Konferenz*

(http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/women/docs/agenda,

[pdf](#)) in Rabat im Juni 2006 nahmen VertreterInnen der Zivilgesellschaft neben RegierungsvertreterInnen, WissenschaftlerInnen und MediavertreterInnen teil. Die zweite Generalvollversammlung der NRO-Plattform wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 stattfinden.

Das Zivilforum begrüßte es, dass zum ersten Mal eine Ministerkonferenz zur Stärkung der Rolle der Frau stattfand und ersuchte die Regierungen der EuroMed-Länder, die Vorschläge seiner VertreterInnen aufzugreifen.

Trotz der Enttäuschung darüber, dass zum Beispiel das Wort „Gleichheit“ nicht im Konferenztitel vorkam oder, dass in den *Schlussfolgerungen der Minister*

(http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/women/docs/agenda.pdf) Umschreibungen zu finden waren wie „in Übereinstimmung mit und entsprechend der nationalen Gesetzgebung“, stießen die Absprachen der Minister doch auf große Zustimmung. So beschlossen die Regierungen, sich innerhalb eines gemeinsamen Rahmens zur Stärkung der Rolle der Frau im politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und Zivilbereich einzusetzen und Diskriminierung zu bekämpfen. Damit sind Frauenrechte nun erstmals Bestandteil der Euromediterranen Partnerschaft.

Die Regierungen sagten finanzielle Unterstützung der Implementierung dieser Absprachen zu. Die Europäische Union wird mittels technischem und finanziellem Beistands im Rahmen des ENPI zur Implementierung beitragen, individuelle EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen bilateraler Zusammenarbeit.

Auf der nächsten EuroMed-Ministerkonferenz, die für 2009 geplant ist, soll evaluiert werden, welche Fortschritte gemacht worden sind. Dabei ergeben sich jedoch die folgenden Probleme:

Es wurde kein deutlicher Zeitrahmen vereinbart, innerhalb dessen die Zielsetzungen erreicht werden müssen;

- Es existiert weder eine kurzfristige noch eine mittelfristige noch eine langfristige Planung;
- Es ist kein Verantwortlicher für die Implementierung der verschiedenen Aktionen benannt worden;
- Es ist nicht festgelegt wer den Evaluierungsbericht machen wird und wie dieser aussehen soll.

9. Globalisierung

Für die EU ist Handel ein Eckstein ihres multilateralen Systems und die Doha-Entwicklungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) eine Priorität. Im Jahr 2005 wurde in der *erneuerten Lissabon-Strategie*

(http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/COM2005_330_de.pdf) unterstrichen, dass ein offener Markt mit qualitativ hohen internen Regeln essentiell ist, um europäische Unternehmen global konkurrenzfähig zu machen. Auch wurde darauf hingewiesen, dass es für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa notwendig ist, überall auf der Welt offene Märkte zu garantieren.

Die WTO ist in einen Engpass geraten und es ist nicht klar, ob die Doha-Runde jemals zum Abschluss gebracht wird. Alles hängt ab

vom Ergebnis des Allgemeinen Rates der WTO im Juli 2007. Wenn auf dem AR keine Einigung erzielt wird, wird es bis 2009 keinen wesentlichen Fortschritt geben.

Die EU verfolgt inzwischen ihre Strategie weiter. Vor der Suspension der WTO-Doha-Verhandlungsrunde im Juli 2006 entwarf die Kommission eine Serie bilateraler und regionaler Assoziationsabkommen, die Zusammenarbeit, politischen Dialog und Handel einschließen. Diese sollten in Kraft treten, sobald die Doha-Verhandlungen abgerundet waren. Da diese sich jedoch festgelaufen haben, wurde die neue Außenhandelspolitik der EU, die durch die Mitteilung der Kommission „*Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt*“

(http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130468.pdf) angekündigt wurde, zur Priorität. Der Ministerrat und das Europäische Parlament stimmten dem Kommissionsvorschlag im November 2006 bzw. Mai 2007 zu.

In dem Dokument wird eine neue Vision für EU-Außenhandel und Investitionspolitik entworfen, die darauf ausgerichtet ist, den Anforderungen „externer Konkurrenzfähigkeit“ zu entsprechen und zwar durch:

- uneingeschränkter Zugang zu Rohstoffen und natürlichen Ressourcen für europäische Unternehmen;
- strengere Bestimmungen über geistiges Eigentum und Abbau von außertariflichen Barrieren;
- Liberalisierung der Bereiche Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen;
- umfassende bilaterale Freihandelsabkommen um EU-Unternehmen neue und profitable Märkte zu sichern.

Globales Europa verleiht der Lissabon-Agenda durch die Verbindung interner und externer Wettbewerbsfähigkeit und das Vorantreiben unternehmensfreundlicher Reformen eine neue Dimension.

Die Nichtregierungsorganisationen

(http://www.s2bnetwork.org/download/leaflet_globaleurope_s2b_ju_n07.pdf), reagierten sofort sehr heftig auf *Globales Europa* das in ihren Augen weiter geht als die Handelsliberalisierungsagenda der WTO, aggressiver ist und auf Deregulierung abzielt. Sie weisen darauf hin, dass Themen wie nachhaltige Entwicklung, Bekämpfung von Armut oder Wirtschaftssouveränität in den Prioritäten der EU Handelspolitik in den Hintergrund gerückt worden sind.

Mit den folgenden Ländern bzw. regionalen Organisationen verhandelt die EU zurzeit über bilaterale und regionale Assoziationsabkommen:

- AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik);
- Länder des „Gulf Cooperation Council“: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate;
- Ukraine;
- Euromediterrane Partnerschaft: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Behörde, Syrien, Tunesien;
- MERCOSUR: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, (Venezuela?);

- Mittelamerika: Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama;
- Andengemeinschaft: Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru;
- Asiatische Freihandelszone (ASEAN): Brunei Darussalam, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam;
- Kanada, Russland und China.

Auch mit Armenien, Georgien, der USA und Japan werden Verhandlungen erwogen.

10. Lateinamerika

Gemäß den Entscheidungen, die im Mai 2006 auf dem EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Wien getroffen worden sind, haben die EU und Lateinamerika ihre Arbeit an regionalen Assoziationsabkommen aufgenommen. In Brüssel sind neue NRO-Netzwerke entstanden, die sich mit den EU-Abkommen mit der Andengemeinschaft und mit Mittelamerika beschäftigen. Das Büro Brüssel der Heinrich-Böll-Stiftung beobachtet diesen Prozess mit großer Aufmerksamkeit.

Zentralamerika und Andengemeinschaft

Der Prozess, der sich zwischen EU und Zentralamerika und der Andengemeinschaft (CAN) abspielt, um zu einem Assoziationsabkommen zu kommen, ähnelt dem EU-MERCOSUR-Prozess, verläuft aber schneller. Im Juli 2006 wurden die internen Konsultationen EU-Zentralamerika und EU-Andengemeinschaft eröffnet, die die Verhandlungsprozeduren in die Wege leiteten.

Bereits im Dezember 2006 sandte die Kommission ihre Entwurfsrichtlinien an den Rat. Die EU-Lateinamerika NROs organisierten eine gemeinsame Petition und eine Reihe von Aktivitäten, um den Entwurfsprozess zu beeinflussen. Im April nahm der Rat die Richtlinien an.

Dem Antrag des bolivianischen Präsidenten Evo Morales an den CAN-Ministerrat folgend beschlossen die Mitgliedsländer der Andengemeinschaft, dass die EU-CAN-Verhandlungen Asymmetrien zulassen dürfen und dass Bolivien und Ecuador eine Opting-out-Klausel für Dienstleistungen, Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen und Immaterialgüterrecht zugestanden wird.

Die EU prüft zurzeit, wie sie diesen Asymmetrien Rechnung tragen und mit Bolivien und Ecuador differenzierte Abkommen schließen kann.

Auf dem gemeinsamen Treffen mit Zentralamerika im April 2007 in Santo Domingo, erkannte die EU die Anstrengungen Zentralamerikas an, die regionale wirtschaftliche Integration insbesondere durch die Schaffung der Zentralamerikanischen Zollunion zu verstärken. Beide Seiten begrüßten das „Regionale Strategiepapier 2007-2013“ für Zentralamerika, in dem die allgemeinen Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dieser Region festgelegt sind und das darauf abzielt, den zentralamerikanischen Integrationsprozess zu unterstützen.

MERCOSUR und Brasilien

In den EU-MERCOSUR-Verhandlungen gab es in der letzten Zeit keine großen Fortschritte. Weder die Zollunion noch der Dienstleistungsmarkt innerhalb von MERCOSUR sind bis jetzt zustande gekommen.

Angesichts des im Januar 2007 vorgestellten EU-Aktionsplans zur Energiepolitik, der für die EU einen Mindestanteil von 10% Biokraftstoffen bis 2020 vorschreibt, und Brasiliens großen Potenzials zur Produktion von Biokraftstoffen, erließ die Europäische Kommission am 30.5. 2007 die Mitteilung „*Auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Brasilien*“

http://ec.europa.eu/external_relations/brazil/docs/com07_281_de.pdf

Gemäß dieser Mitteilung wird die strategische Partnerschaft auf Basis einer gemeinsamen Agenda entwickelt, auf der Menschenrechte, Multilateralismus, Umwelt, Energiezusammenarbeit, Handel, Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen stehen.

Am 4. 7. 2007 wird in Lissabon der erste EU-Brasilien Gipfel stattfinden. Die EU, vertreten durch den portugiesischen Ministerpräsidenten José Socrates und Brasilien, vertreten durch Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, werden dort eine strategische Partnerschaft ins Leben rufen. Danach besucht Präsident Lula die EU-Institutionen in Brüssel besuchen.

Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika

Gemäß den Entscheidungen des EU-Lateinamerika und Karibik-Gipfels im Mai 2006, fand die Eröffnung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EUROLAT) im November 2006 statt. EUROLAT wählte den spanischen EVP-Abgeordneten im Europäischen Parlament Ignacio Salafranca Sanchez zum Präsidenten und Ney Lopez (Brasilien) zum Kopräsidenten. Der grüne EP-Abgeordnete Alain Liepitz wurde in den Vorstand gewählt.

11. Die finnische Ratspräsidentschaft

Unter der finnischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 wurde der Beitritt Rumäniens und Bulgariens für den 1.1.2007 bestätigt. Damit wurde die fünfte Erweiterungsrunde der EU abgeschlossen. Dies geschah nicht ohne Kritik u.a. aus dem Europäischen Parlament, das jedoch mehrheitlich dem Beitritt zustimmte. Die Kritik richtete sich namentlich auf die noch stets in beiden Ländern festzustellende Korruption und organisierte Kriminalität.

Die Erweiterungsgespräche mit Kroatien und der Türkei wurden fortgeführt. Finnland bemühte sich darauf hinzuwirken, dass die Türkei Fortschritte bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara macht. Es sollte dabei eine Lösung gefunden werden, die es ermöglicht hätte, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Unterbrechung fortzuführen und die zugleich Verbesserungen im Verhältnis zwischen den beiden Gemeinschaften in Zypern bewirkt hätte. Die Ratspräsidentschaft musste leider am 21.11.2006 nach Beratungen auf Außenministerbene feststellen, dass die Voraussetzungen für eine Lösung nicht

gegeben seien. Damit scheinen die Verhandlungen mit der Türkei vorerst festgefahren zu sein.

Der Europäische Rat vom Dezember führte – wie im Juni vereinbart – eine eingehende Debatte über die Erweiterungsfrage. Als Resultat der Debatte bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihr Einverständnis über die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses. Die Mitgliedschaft der westlichen Balkanstaaten wurde als eine realistische Perspektive beschrieben. Allerdings wurde (wohl anlässlich der Kritik auf den Beitritt Rumäniens und Bulgariens) die strikte Einhaltung der Beitrittskonditionen unterstrichen. Eine Diskussion über die Grenzen der EU wurde nicht geführt, da diese in den Worten des finnischen Ministerpräsidenten Matti Vanhanens sich nicht auf Geografie gründen, sondern in den Werten der EU liegen.

Die finnische Präsidentschaft wurde gleich am Anfang durch die Kriegsentwicklung im Libanon überrascht. Verdienste erwarb sie sich mit ihren erfolgreichen Bemühungen, die EU vereint und entschlossen auftreten zu lassen und sogar ein größeres Truppenkontingent für eine somit robuste UN-Operation zu mobilisieren.

Eines der Ziele der finnischen Präsidentschaft war es, ein Mandat für die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues, umfassendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland zu erreichen. Dies scheiterte an der Haltung Polens. Auch die finnische Hoffnung, Russland solle die Energiecharta für mehr Versorgungssicherheit unterschreiben, erfüllte sich nicht. Insgesamt kann man feststellen, dass die EU sich unter finnischem Vorsitz nur pflichtmäßig weiterbewegt hat, wobei die großen Fragen (Verfassung, Konkretisierung der Erweiterungspolitik, Naher Osten, Beitrittsverhandlungen Türkei und Beziehung zu Russland) an den deutschen Ratsvorsitz weitergereicht wurden.

12. Die deutsche Ratspräsidentschaft

Die Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft (<http://www.eu2007.de/de/>), die unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam“ stand, waren ausgesprochen hoch: sie sollte u.a. den Verfassung wiederbeleben, die Partnerschaft mit Russland erneuern, die transatlantischen Beziehungen auf ein neues Fundament stellen und eine gemeinsame Klimapolitik durchsetzen.

In der Klimapolitik sind die Staats- und Regierungschefs weit hinter ihren eigenen Zielsetzungen zurückgeblieben. Auch bei der Friedenslösung im Nahen Osten und Kosovo zeigte sich keine große Einigkeit. Gegenüber der Türkei wurde ein doppelter Kurs gefahren und mit der Drohung Sarkozys, den Beitritt der Türkei zu blockieren, bahnen sich weitere Konflikte an.

Zu einer Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen sowie der EU-Russland Beziehungen kam es nicht. Merkels Vorschlag, auf eine transatlantische Freihandelszone („Transatlantic Free Trade Area“ (TAFTA) hinzuwirken, realisierte sich nicht, aber immerhin reichte es für ein „Framework for Advancing Transatlantic Economic Integration“ (http://www.eu2007.de/en/News/download_docs/April/0430-RAA/020Framework.pdf). Mit Russland blieb die Situation nach

einem offenen Schlagabtausch zwischen Merkel und Putin angespannt und das überfällige neue Partnerschaftsabkommen zwischen EU und Russland scheint ein gutes Stück weiter in die Ferne gerückt zu sein. Auch bei der Nachbarschaftspolitik gab es keine wesentliche Weiterentwicklung und das „Europäische Jahr der Chancengleichheit“

(http://ec.europa.eu/employment_social/news/2005/jun/antidiscrimination_de.html) verlief bisher beinahe lautlos.

Wichtig für das Funktionieren der EU war die politische Einigung zu den Eigenmitteln der Union, die im März 2007 herbeigeführt wurde. Die schwierigste Hürde war wie erwartet der Verfassungsvertrag, dessen Zukunft (und damit die der EU) lange in der Schwebe blieb. Dass der Junigipfel nach schwierigen Verhandlungen schließlich doch zu einem Resultat geführt hat, ist sowohl der Hartnäckigkeit und Geduld Angela Merkels zu verdanken als auch dem Durchsetzungsvermögen überzeugter Europäer wie dem belgischen Ministerpräsidenten Verhofstad. Dafür dass die Verfassung in der Substanz erhalten bleibt, musste jedoch ein hoher Preis bezahlt werden. Der neue Vertrag wird nicht transparenter sein als die Verfassung, womit eine wesentliche Forderung der Verfassungskritiker in den Referenden ad absurdum geführt wurde. Auch hat die Taktik des Vereinigten Königreichs und Polens dafür gesorgt, dass das Europa der zwei Geschwindigkeiten sich verfestigt hat. Die verstärkte Zusammenarbeit und der Euro-Raum werden dazu als Instrumente dienen. Einmal mehr stellte sich heraus, dass es zum deutsch-französischen Tandem als Motor der EU zurzeit keine Alternative gibt. Dies allerdings ist nicht ganz unproblematisch, da Sarkozys Haltung u.a. in der Türkeifrage und seine Neigung zu Alleingängen und vorschnellen politischen Äußerungen zu häufigeren Aussetzern dieses Motors führen könnte.

Abzuwarten bleibt letztlich, ob die Regierungskonferenz in der Tat das gewünschte Ergebnis haben wird: einen neuen Vertrag, der alle für das zukünftige Funktionieren der EU wesentlichen Elemente enthält und im Jahre 2009 in Kraft treten kann. Großbritannien hat sich mit seinem Festhalten an der üblichen Opt-out-Politik weiter an den Rand der Gemeinschaft manövriert. Auch Polen muss sich die Frage stellen lassen, welche Rolle es innerhalb Europas spielen möchte (außer der des unverstandenen Opfers). Wenn Polen (zurecht) Solidarität erwartet gegenüber russischem Druck, muss es auch seinerseits bereit sein, sich weiter in die Union zu integrieren. Mit ihrem Verhalten hat die polnische Regierung nicht nur die EU in Schwierigkeiten gebracht, sondern auch den direkten Nachbarn, die Ukraine. Den deutsch-polnischen Beziehungen ist schwerer Schaden zugefügt worden. Auf der anderen Seite könnte diese Polarisierung auch positive Effekte zeitigen, wie eine Sensibilisierung der (EU-freundlichen) polnischen BürgerInnen für die politische und europäische Zukunft ihres Landes und die Sensibilisierung der BürgerInnen beider Länder nicht nur für die noch intensiver aufzuarbeitende Vergangenheit, sondern auch für die gemeinsame Zukunft.

Selbst wenn die deutsche Präsidentschaft nicht alle ihre Ziele und Erwartungen optimal erfüllt hat, gebührt ihr doch viel Lob und Anerkennung. Das Scheitern ist – wie der Junigipfel auf beschämende Weise zeigte – wohl in vielen Fällen weniger auf deutsches Versagen als darauf zurückzuführen, dass nicht alle Mitgliedstaaten von der

Notwendigkeit der "Gemeinsamkeit" überzeugt waren und damit dem Ruf der Europäischen Union weiter geschadet haben.

Die deutsche Ratspräsidentschaft war auch der abschließende Höhepunkt für den „wichtigsten Botschafter Deutschlands“, **Wilhelm Schönfelder**, dem Ständigen Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union in Brüssel. Schönfelder war seit 35 Jahren Diplomat und machte in unterschiedlichen Funktionen insgesamt fünf EU-Ratspräsidentschaften Deutschlands mit. Seit 1999 war er Botschafter bei der Ständigen Vertretung und zeichnete sich durch seinen unermüdlichen Einsatz für die europäische Integration und seine große Einsicht in politische Prozesse aus. Sein Nachfolger wird der amtierende deutsche Botschafter bei der NATO **Edmund Duckwitz**.

13. Ausblick

Das „politische Vermächtnis“, das die deutsche Ratspräsidentschaft, der **portugiesischen Ratspräsidentschaft** (<http://www.eu2007.pt/UE/vEN>) am 1.7.2007 überließ, ist selbstverständlich in erster Instanz die Abrundung des Reformvertrages auf der Regierungskonferenz im Juli. Die portugiesische Präsidentschaft sollte sich darauf vorbereiten, dass das Rennen noch nicht gelaufen ist. Warschau hat bereits Teile der Einigung hinsichtlich des Abstimmungssystems erneut in Frage gestellt und man kann davon ausgehen, dass auch der neue britische Ministerpräsident Gordon Brown „seiner“ ersten Regierungskonferenz seinen Stempel aufdrücken möchte. Ebenfalls ist schwer vorzustellen, dass der französische Ministerpräsident Sarkozy sich nicht aufs Neue profilieren möchte. Die erste Machtprobe mit Sarkozy steht bereits am 13. Juli auf der Sitzung der EU-Finanzminister an. Auch Referenden in Irland und eventuell in den Niederlanden könnten für neue Probleme sorgen.

Die portugiesische Präsidentschaft hat angekündigt, dass sie außer der Lissabon Strategie für Wachstum und Beschäftigung auch der **EU-Außen- und Sicherheitspolitik** besondere Aufmerksamkeit schenken möchte. Während unter der deutschen Präsidentschaft die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn im Mittelpunkt standen, werden die Portugiesen sich auf den Mittelmeerraum, Afrika und Brasilien konzentrieren. Der Fokus bleibt dagegen auf Klimawandel und Energiepolitik gerichtet; Themen, die auch bei den Gipfeln mit Afrika und Brasilien eine wichtige Rolle spielen werden.

Große Aufmerksamkeit verdienen die **Wahlen**, die in einigen Nachbarländern der EU anstehen. Bei dem Beitrittskandidaten **Türkei** steht am 22. Juli sehr viel auf dem Spiel. Von den Ergebnissen der Wahlen wird nicht nur die Zukunft der Türkei abhängen, sondern auch ein großes Stück Zukunft der EU. Wenn der deutschen Präsidentschaft etwas vorzuwerfen ist, dann vielleicht, dass sie keine eindeutige und energischere Politik hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verfolgt hat. Bedenklich ist auch der Eifer Sarkozys, sein Wahlversprechen, den EU-Beitritt der Türkei zu verhindern, wahrzumachen. Der portugiesischen Präsidentschaft bleibt kaum noch Zeit, ein positiveres Signal an den Bosphorus zu senden. Am 30. September werden ebenfalls sehr wichtige Wahlen in einem östlichen Nachbarland der EU stattfinden: in der **Ukraine** wird sich zeigen, ob die EU-orientierten demokratischen Kräfte sich nachhaltig durchsetzen können. Ähnliches kann auch gesagt werden über

das Beitrittsland **Kroatien**, wo sich im November die Wahllokale öffnen werden. Vom Ergebnis dieser Wahlen wird abhängen, ob Kroatien schon bald (2009 oder 2010) der EU beitreten kann.

Im März 2008 schließlich werden die Präsidentschaftswahlen in **Russland** stattfinden. Es kann wenig Hoffnung darüber bestehen, dass diese demokratisch verlaufen und der russischen Bevölkerung eine neue politische Perspektive geben werden. Die Aufgabe der EU sollte es sein, im Vorfeld der Wahlen die politischen Ereignisse und Prozesse sehr genau zu beobachten und der russischen Regierung klarzumachen, dass es mit der EU keine vollwertige Partnerschaft geben kann, wenn demokratische Rechte mit Füßen getreten werden. Dies wird in die Zeit der der **slowenischen Präsidentschaft** fallen, die auch wesentlich dazu beitragen muss, die Mitgliedschaft Kroatiens zu ermöglichen und die Perspektive für die übrigen Länder des Westbalkans zu erhalten und zu fördern.

14. Politische Ereignisse im Überblick

2006

- | | |
|--------------------------|---|
| 1. Juli – 1. Januar 2007 | Finnische EU-Ratspräsidentschaft |
| 1. Juli | Der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft tritt in Kraft. Mit ihm wird der größte Energiebinnenmarkt der Welt geschaffen. |
| 4. Juli | Der Rat erteilt der Kommission ein Mandat zur Aushandlung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Montenegro. |
| 12. - 13. Juli | EU-Andengemeinschaft „High Level Meeting“ in Brüssel |
| 15. - 6. Juli | Europäischer Rat für Umwelt bespricht das Thema Energieeffizienz. |
| 7. August | Die EU verabschiedet einen Bericht über die Umsetzung der Leitlinien für die transeuropäischen Netze im Energiebereich (RTE). |
| 15. September | Der Rat beschließt eine weitere gemeinsame Aktion zur Einsetzung eines Teams der EU zur Mitwirkung an den Vorbereitungen für die Einsetzung einer internationalen zivilen Mission im Kosovo. |
| 26. September | Die Kommission stellt in ihrem zweiten Monitoring-Bericht zu Bulgarien und Rumänien fest, dass beide Länder im Stande sind die Beitrittskriterien zum 1. Januar 2007 zu erfüllen, zeigt aber Mängel in einigen Bereichen auf. |

17. Oktober	Der Rat begrüßt den Bericht der Kommission zum Beitritt Bulgariens und Rumäniens.		Abkommen bezüglich Visa-erleichterung und Rückübernahme mit Bosnien-Herzegowina, der EJR Mazedonien, Montenegro und Serbien.
19. Oktober	Die Kommission legt einen „Aktionsplan für Energieeffizienz“ vor.	4. Dezember	Die EU und Kasachstan unterschreiben ein Abkommen das den Grundstein für eine engere Energiezusammenarbeit legt. Die EU interessiert sich dabei vor allem für kaspisches Öl, Gas, und Uran.
24. Oktober	EU-VS Treffen zum Thema Klimawandel und saubere Energie		
24. Oktober	Die Kommission erlässt eine Verordnung zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments.	11. Dezember	Der Rat schließt sich den Empfehlungen der Kommission zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an.
4. - 7. November	Euromed Zivilforum in Marrakesch (Marokko)	14. Dezember	Der Europäische Rat verabschiedet den <i>Aktionsplan zur Energieeffizienz</i> , und EURATOM tritt zwei Übereinkommen der International Atomenergie-Organisation (IAEO) bei. ¹
7. November	Die EU und Aserbaidschan unterzeichnen eine Vereinbarung zur Gründung einer Energiepartnerschaft.		
8. November	Die Kommission nimmt die Mitteilung „Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007“ an.	20. Dezember	Errichtung eines Europäischen Instituts für Geschlechtergleichstellung
13. - 14. November	In Istanbul findet die erste EuroMed-Ministerkonferenz zur Stärkung der Frauenrechte in der Gesellschaft statt.	2007	Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle Deutsche EU-Ratspräsidentschaft.
20. November	In Kairo findet die dritte EuroMed-Ministerkonferenz über Umwelt statt.	1. Januar – 1. Juli	
21. November	Der Ratspräsident stellt fest, dass die Voraussetzungen für die Findung einer Lösung der Probleme mit der Türkei über ihre Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll nicht gegeben sind.	1. Januar	Bulgarien und Rumänien treten der EU bei. Slowenien führt den Euro ein. Deutschland übernimmt ganzjährig den Vorsitz der G-8.
25. November	EU-Russland Gipfel: Thema ist der Stand der Umsetzung der Fahrpläne für die gemeinsamen Räume.	10. Januar	Die Kommission veröffentlicht ihr <i>Energie- und Klimawandelpaket</i> .
27. - 28. November	In Tampere findet das achte EuroMed-Außenministertreffen statt.	5. Februar	EU Troika – Russland Treffen
29. November	Die Kommission nimmt eine Mitteilung an, in der sie feststellt, dass die Türkei das Zusatzprotokoll nicht uneingeschränkt angewandt hat.	9. - 11. Februar	Bei der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik kritisiert Präsident Putin die US-amerikanische Außenpolitik und das geplante Raketenabwehrsystem in Europa.
30. November	Verhandlungen beginnen über ein	5. – 6. März	Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“

1

(1) Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen

(2) Übereinkommen über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen

8. - 9. März	Europäischer Rat („Frühjahrgipfel“)
14. - 15. März	Rat „Außenbeziehungen, Sicherheit und Verteidigung, Entwicklung“
24. - 25. März	50-Jahr-Feier zur Unterzeichnung der Römischen Verträge: mit der „Berliner Erklärung“ sollen die grundlegenden Ziele und Werte der EU neu formuliert werden.
30. März	EU-USA Gipfel
30. – 31. März	Informelles Außenministertreffen („Gymnich-Treffen“)
14. April	Die finnischen Grünen treten der neuen finnischen Regierung bei.
18. Mai	EU-Russland Gipfel in Samara
1. Juni	Ein EU-Russland Abkommen über Visa-Erleichterungen tritt in Kraft.
6. - 8. Juni	Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm sind Klimawandel und Bekämpfung von Armut die Prioritäten.
21. - 23. Juni	Europäischer Rat: Nach langen schwierigen Verhandlungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU am 23. Juni auf einen „Reformvertrag“, der noch in diesem Jahr während einer Regierungskonferenz fertig gestellt werden und bis 2009 nach der Ratifizierung durch alle 27 Mitgliedsstaaten in Kraft treten soll.
26. Juni	Eröffnung weiterer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei.
27. Juni	Der Fortschrittsbericht der Kommission zu Bulgarien und Rumänien stellt mangelnden Fortschritt beider Mitgliedsstaaten beim rechtlichen Umgang mit Korruption auf hohem Niveau fest.
29. Juni	EU und Mittelamerika beginnen Verhandlungen über neues Assoziationsabkommen.